

**Stammtisch des SPD Ortsvereins Markt Schwaben
Mit Margarete Bause zum Thema: Nachhaltige Wirtschaft –
gerechter Lohn – Beste Bildung – bezahlbarer Wohnraum**

17.04.2013

Zum Stammtisch am 17.4.2013 haben wir mit Margarete Bause wieder einen prominenten Gast gewinnen können. Frau Bause ist Mitglied des Bayerischen Landtags (BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN) und Fraktionsvorsitzende des BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN.

Wir haben bezüglich der Landtagswahl damit begonnen uns mit unseren Mitwettbewerbern aus der Opposition zu treffen, auszutauschen und zu diskutieren, ob und gegebenenfalls wie sie sich einen Macht- bzw. Politikwechsel in Bayern vorstellen können und wo es Übereinstimmungen bzw. Unterschiede gibt. Begonnen hatten wir am 01. November 2012 mit den „Piraten“. Darüber hinaus hatten wir einen sehr gut besuchten SPD-Stammtisch mit den „Freien Wählern“ am 07. Februar 2013, wo Herr Hubert Aiwanger (Bundes- und Landesvorsitzender Bayern, MdL Bayerischer Landtag, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler im Bayerischen Landtag) zu Gast war und über das Thema: „Bundes- und Landespolitik der Freien Wähler -- Macht- bzw. Politikwechsel in Bayern?“ sprach.

Auch zum Stammtisch mit Margarete Bause kamen etwa 40 Teilnehmer und beteiligten sich an einer regen Diskussion, bei der auch der aktuelle Landratskandidat der SPD, Dr. Ernst Böhm und Landtags- bzw. Bundestagskandidaten der beiden Parteien teilnahmen.

Margarete Bause beginnt ihre Rede mit der Bemerkung, dass es nicht so häufig ist, bei der jeweils anderen Partei als Teilnehmer an einer Veranstaltung aufzutreten. Ihre Hauptmotivation besteht dabei darin, eine gemeinsame Regierung beider Parteien auf Augenhöhe zu realisieren.

Schon zu Beginn des Einführungsreferats, aber auch im Laufe der Veranstaltung werden viele Gemeinsamkeiten bei den Zielen beider Parteien deutlich. Es gibt lediglich ein paar kleinere Unterschiede wie die Positionen zur dritten Startbahn am Münchner Flughafen und im Infrastrukturbereich, im Wesentlichen stimmen die Parteien hier überein.

Die grundlegende Botschaft der Grünen für Bayern ist: Bayern steht zwar insgesamt gut da, aber es kann mehr, es muß lediglich seine Talente entfalten wie zum Beispiel bei der Jugend und beim Schutz der Natur.

Die Politik der aktuellen Regierung entspricht in vielen Punkten nicht mehr dem Wunsch der Bevölkerung, wie zum Beispiel bei den Volksbegehren über die dritte Startbahn und über die Studiengebühren deutlich wird. Die CSU ändert hier ihre Meinung am laufenden Band und läuft der Sozialdemokratie und den Grünen hinterher.

Eines der Schwerpunktthemen für die Grünen ist die Energiewende. Immer wieder gibt es vor allem im Gespräch mit Forschung und Energie das Feedback, dass Deutschland das Energielabor der Welt ist. Entwicklungen aus Deutschland setzen sich nach 10 Jahren weltweit durch und werden nach und nach auch in anderen Regionen akzeptiert.

Schwarz-Gelb reduziert das Thema aber lediglich auf die Stromkosten, dabei hat Schwarz-Gelb selbst die Preise der Stromkosten gestaltet und für die Schieflage gesorgt. Für Großkunden haben sich die Strompreise in den letzten Jahren halbiert, sie werden entlastet, die kleinen Verbraucher werden dafür belastet.

Zudem machen Strompreise lediglich 2% des Haushaltsbudgets aus, sie werden jedoch über Gebühr in den Vordergrund gestellt.

Wir sind an einem Wendepunkt angelangt, an dem das ganze System der Stromerzeugung und -einspeisung geändert werden muß. Strom aus erneuerbaren Quellen fällt nach Wind und Wetter an und Ergänzungskraftwerke müssen den Bedarf ausgleichen, Deshalb müssen kleinere dezentrale Erzeuger und Netze zum Transport gefördert werden.

Große Konzerne haben den Netzausbau zum Teil verschlafen und bewußt vernachlässigt. Bayern behauptet zwar, nicht zuständig zu sein, dazu passt aber nicht, dass fünf verschiedene Ministerien um Verantwortlichkeiten im Energiesektor rangeln.

Wichtig wäre hier zum Beispiel ein Windatlas als Basis für die Planung weiterer Windkraftanlagen und ein Pumpspeicheratlas, der das Potential für die Wasserspeicherung aufzeigt.

Eine Energieforschungstour der Grünen wurde mit großer Begeisterung aus Forschung und Wirtschaft durchgeführt, diese Dynamik wird jedoch von der Regierung nicht aufgegriffen.

Als konkrete Aktionen nennt Frau Bause: CO² Zertifikate müssen verteuert werden, damit schmutzige Energie teurer und erneuerbare Energie attraktiv wird. Ein Kapazitätsmarkt für die Steuerung der Kraftwerke ist notwendig, damit Gaskraftwerke zur Abdeckung der Spitzenlast auch weiterhin attraktiv sind und nicht durch Kohlekraftwerke abgelöst werden.

Ein zweites Schwerpunktthema ist die Bildungspolitik

Hier herrscht eine große Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Wir brauchen eine Schule, die keinen Druck, sondern Mut macht. Heute wird ab der dritten Klasse für den Übertritt und das Abitur gepaukt, was sowohl Schüler als auch Lehrer belastet. Wichtig ist eine grundsätzliche Strukturreform der Schulen, die eine Entrümpelung des Stoffkatalogs, ein Angebot an Gesamtschulen statt Aufteilung der Kinder auf verschiedene Schulformen, frühkindliche Bildung sowie Fachhochschulen in den ländlichen Regionen fördert. Die Forderung der Freien Wähler nach einer parallelen Führung von G8 und G9 ist einfach zu kurz gegriffen.

Über diese Schwerpunktthemen hinaus wurden im Vortrag von Margarete Bause und in der anschließenden Diskussion eine Reihe von weiteren Themen angesprochen.

Ein wichtiges Ziel ist ein nachhaltiges Wirtschaften. Am Beispiel der Automobilproduktion wird zum Beispiel sichtbar, dass hier klare politische Vorgaben erfolgen müssen, da ansonsten Klimaprobleme völlig außer Acht gelassen werden.

Beim Thema Mindestlohn gibt es eine große Übereinstimmung zwischen SPD und Grünen.

Das Thema Infrastruktur ist sehr vielschichtig. Es reicht vom Straßenbau, wo die Grünen ihre Prioritäten eher auf den Erhalt und den Abbau des Investitionsstaus, als im Neubau von Straßen sehen bis hin zum Telekommunikations-Breitbandanschluss der flächenmäßig verfügbar sein muss. Nur so ist eine Förderung des ländlichen Raumes möglich.

Zum Thema Mieten/bezahlbarer Wohnraum entspann sich gleich eine größere Diskussion. Von den Grünen wie auch von der SPD gibt es große Kritik am Verkauf der GBW Wohnungen. Weltweit investieren Fonds in die attraktivsten Standorte, dort werden Wohnungen ausgebaut, Luxusgebiete entstehen, die aber unbezahlbar und praktisch tot sind. Sozialer und bezahlbarer Wohnraum wird im Gegenzug abgebaut und verteuert sich in der Folge automatisch. Leider geht es hier den Investoren nicht um Wohnraum, sondern um lukrative Geldanlagen und Spekulationen.

Mögliche Maßnahmen sind Änderungen in der Mietgesetzgebung sowie eine Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus durch die Regierung.

Dr. Ernst Böhm regt in der Diskussion an, das Geld aus dem Verkauf der GBW Wohnungen in den sozialen Wohnungsbau zu stecken und zumindest eine gewisse Kompensation zu erzielen. Seiner Ansicht nach müsste man bei diesem Volumen bis zu 44.000 neue Wohnungen bauen können.

Das Landesentwicklungsprogramm hilft uns hier nicht weiter, weil es in vielerlei Hinsicht kontraproduktiv ist. Es muss attraktiv sein, am Land zu leben, dazu gehört Ansiedlung von Arbeitsplätzen, Ausbau der Infrastruktur und eine Stärkenanalyse in den jeweiligen Regionen. Diese Stärkenanalyse muss dann auch in entsprechenden Maßnahmen zur Nutzung dieser Stärken umgesetzt werden.

**Stammtisch des SPD Ortsvereins Markt Schwaben
Mit Margarete Bause zum Thema: Nachhaltige Wirtschaft –
gerechter Lohn – Beste Bildung – bezahlbarer Wohnraum**

17.04.2013

Zur Lösung der künftigen Herausforderungen wie Mindestrente und Pflege insbesondere älterer Menschen sieht Margarete Bause die Notwendigkeit, die Einnahmenseite zu steigern. Möglichkeiten dazu bestehen beim Spitzensteuersatz, bei einer Einkommensabgabe oder beim Ehegattensplitting.

Frau Bause zieht nach der angeregten Diskussion das Fazit, dass gute Chancen zu einem Regierungswechsel bestehen.

Als erstes Ziel dafür sieht sie natürlich, dass die CSU keine absolute Mehrheit erhalten darf, wenn dann die FDP noch in der außerparlamentarischen Opposition landet, sollte zumindest rechnerisch eine Mehrheit außerhalb der CSU möglich sein. Dann sieht sie auch große Chancen, dass in den Verhandlungen der Oppositionsparteien eine gemeinsame Lösung zustande kommt.

Manfred Kabisch, 19. 4. 2013